

Jetzt ist es amtlich: Stromversorger geben sinkende Preise nicht weiter

Seit Monaten ist eine PR-Schlacht im Gange. Mal heftig, mal subtil, mal sozial argumentieren Anhänger und Unterstützer der atomar-fossilen Konzerne gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei Renditen von 5 % spricht man von „Überförderung“ der Solaranlagenbetreiber, ein mehr von 6 Euro pro Monat treibt angeblich Hartz IV – Empfänger in den Ruin und die Erneuerung der Stromnetze für die jeder Kunde seit Jahren sowieso zahlt, wird plötzlich zur unlösbaren Mammutaufgabe hochstilisiert.

Während in Berlin um Solarkürzungen von rund 40 % gerungen wird und einige Vertreter der Regierungskoalition ungeniert sogar die Abschaffung des erfolgreichen Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) fordern, belegen nun Zahlen des unabhängigen Verbraucherportals Verivox und des Statistischen Bundesamtes, dass die Strombezugpreise für die Versorger zumindest seit 2008 ständig gefallen (!) sind.

Verivox und das Statistische Bundesamt bestätigen:

Der Bezugspreis für Stromversorger sinkt seit Jahren

Mit größter Sorge beobachtet die Anti-Atom-Initiative Groß-Gerau die aktuelle Entwicklung um die Neufassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG-Gesetz), das seit 1. April 2012 im Vermittlungsausschuss der Länder liegt und über das zurzeit erneut beraten wird. Dabei geht es nicht nur, so schreibt die Initiative, um eine weitere Senkung der Einspeisevergütung von 30 bis 40 Prozent und um eine Deckelung der Produktion, sondern letztendlich um die Zukunft der Energiewende. Diese wurde bisher vor allem von Privatleuten und kommunalen Energieversorgern dezentral getragen, - so auch in Groß-Gerau. Nun sollen die Bundesländer, die bisher ihre Zustimmung zu diesem Gesetz verweigerten, mit einem Kompromiss „geködert“ werden. Dieser sieht die Einführung von Importzöllen für Solarmodule aus China vor, um die heimische Solarindustrie zu schützen, die ja bereits durch die Ankündigung des Gesetzes zahlreiche Insolvenzen anmelden musste. Nach Einschätzung der Initiative ist ein solches Vorgehen, das nun in aller Eile durchgedrückt werden soll, kontraproduktiv und bedeutet, dass die Solarbranche insgesamt weiter ausgebremst wird, denn diese besteht nicht nur aus der Solarindustrie, sondern zu 86% aus Handwerk, Zulieferern und Dienstleistern. Bei einer Erhöhung der Kosten für die Anlagen und gleichzeitiger drastischer Kürzung der Einspeisevergütung lohnen sich Neuanlagen praktisch überhaupt nicht mehr.

Damit nicht genug. Wie mehrere Politiker der Regierungskoalition in den letzten Tagen forderten, soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz insgesamt abgeschafft werden. Damit steht sowohl das weltweit in über 60 Ländern kopierte erfolgreichste Gesetz für den Klimaschutz auf dem Spiel, wie auch die weitere Entwicklung der Branche in Deutschland mitsamt ihren hunderttausenden von Arbeitsplätzen.

Alle Argumente, so die Initiative, die in den letzten Monaten in vielen Medien häufig sehr oberflächlich gegen die Einspeisevergütung von Solaranlagen ins Feld geführt werden, sind nicht haltbar. Es wird behauptet, die EEG-Umlage, die jeder mit seiner Stromrechnung bezahlen muss, treibe die Stromrechnung in die Höhe und besonders bedürftige Menschen könnten aus diesem Grund ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Die EEG-Umlage liegt zurzeit bei 3,6 Cent pro Kilowattstunde, bei einem Strompreis von rund 25 Cent. Am Anstieg der EEG-Umlage ist aber nicht der „ungebremste Ausbau“ oder die gerne zitierte „Überförderung“ schuld, sondern die Tatsache, dass in den letzten Jahren weite Teile der energieintensiven Industrie von der Umlage befreit wurden und dies von den Privatverbrauchern mitbezahlt werden muss. Das gleiche gilt für die Eigenstromenergie, die sogenannte Marktprämie für Unternehmen. Diese und zahlreiche weitere Sonderfaktoren hat die derzeitige Bundesregierung selbst eingeführt und bringt damit die Energiewende in Verruf. Auf die Solarförderung sind tatsächlich nur rund 15 Prozent der Stromkostensteigerungen für Privathaushalte zurückzuführen.

Tatsächlich sinkt der Börsenstrompreis durch die Erneuerbaren Energien sogar, weil tagsüber in den Zeiten hohen Strombedarfs die Solaranlagen kräftig produzieren. Wie das unabhängige Verbraucherportal Verivox gerade veröffentlichte, hatten im Laufe des letzten Jahres nur private Haushaltskunden und Kleingewerbe mit den hohen Strompreisen zu kämpfen. Während die Strompreise für diese Gruppe angestiegen sind, konnten sich Stromversorger und Industrie im gleichen Zeitraum über deutlich sinkende Kosten freuen. Die Höhe der Bezugspreise, die Stromversorger selbst bezahlen müssen, wird vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Erzeugerpreisindex nachverfolgt. Der Index „Elektrischer Strom an Weiterverteiler“ notierte im April 2011 bei 139,1 Punkten. Für den April 2012 wird ein Wert von 122,4 Punkten angegeben. **Binnen Jahresfrist sind die Bezugspreise für Stromversorger damit um zwölf Prozent gefallen!**

Einerseits wird die preissenkende Wirkung der Erneuerbaren nicht an den Verbraucher weitergegeben, andererseits werden ihnen sämtliche Preissteigerungen in die Schuhe geschoben. Den großen Energiekonzernen sind die Erneuerbaren ein Dorn im Auge, da sie ihre Spitzenstromkraftwerke in den Mittagsstunden nur noch teilweise laufen lassen können und ihnen damit ehemals große Gewinne verloren gehen. Dies ist der wahre Grund, warum der stürmische Ausbau der Photovoltaik gebremst und stattdessen Gas- und Kohlekraftwerke der Energieriesen gefördert werden sollen. Und – so befürchtet die Anti-Atom-Initiative - es ist sogar damit zu rechnen, dass nach einem bewusst herbeigeführten Strom-Black-Out in einem kalten Winter auch die stillgelegten Atomkraftwerke wieder hochgefahren werden. Die PR-Maschinerie der Konzerne und ihrer politischen Verbündeten läuft auf Hochtouren, warnt die Anti-AKW-Initiative Groß-Gerau in ihrer Stellungnahme.